

### Forderungen der AK Oberösterreich:

- Für solide öffentliche Haushalte der europäischen Staaten! Seitens der Finanzmärkte muss ein Beitrag dazu geleistet werden. Daher: Besteuerung von Spekulationsgewinnen und Einführung einer Finanztransaktionssteuer.
- Die wirtschaftliche Erholung muss abgesichert werden! Für ein gemeinsames Impulsprogramm zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit.
- Solidarischer Abbau der europäischen Handels- und Einkommensungleichgewichte! In allen Staaten steht Arbeitnehmern/-innen ein gerechter Anteil am wirtschaftlichen Erfolg zu. Eine Verschärfung der Lohnkonkurrenz schadet uns allen.
- Umgehende Regulierung der Finanzmärkte! Schädliche Spekulation muss verboten werden.



AK-Präsident  
Dr. Johann Kalliauer

**KEINE ABLENKUNG VON DEN  
WAHREN URSACHEN DER KRISE!  
ARBEITNEHMER/-INNEN  
DÜRFEN NICHT GEGENEINANDER  
AUSGESPIELT WERDEN!**

“ **Die wirtschaftliche Stabilität  
demokratischer Staaten darf nicht von  
instabilen Märkten abhängig sein.  
Krisenbekämpfung darf kein  
Dauerzustand werden.** ”

Impressum:  
Medieninhaberin und Herausgeberin:  
Kammer für Arbeiter und Angestellte für OÖ, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz.  
M-047/10, Hersteller: new typeshop Linz

P.b.b. Erscheinungsort Linz, Verlagspostamt 4020, AK-Informationsblatt der  
Kammer für Arbeiter und Angestellte für OÖ, Nr. 88/2010, GZ 02Z033937 M,  
DVR 0077747

**KRISE IN EUROPA  
GEMEINSAM  
MEISTERN**

**ARBEITNEHMER/-INNEN IN  
GANZ EUROPA HABEN EIN RECHT  
AUF FAIRES EINKOMMEN!**

Stand: Juni 2010

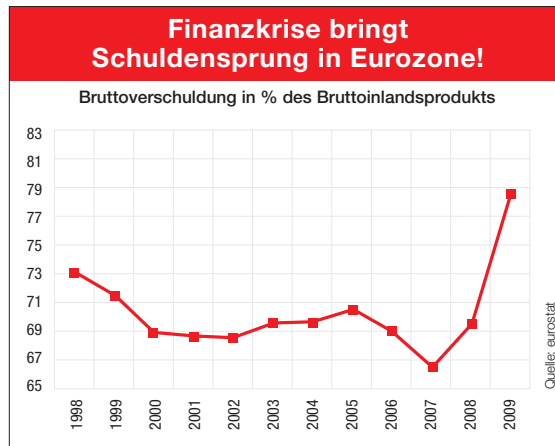
## FINANZMARKTKRISE BRINGT STAATSFINANZEN UNTER DRUCK

„Die Finanzindustrie, die gerade von Regierungen vor dem Untergang gerettet wurde, will nun ein weiteres Mal durch staatliches Eingreifen vor Milliardenverlusten bewahrt werden. Erst Lehman, jetzt Griechenland.“

Dirk Heilmann, Chefökonom Handelsblatt

2008 verhinderten die Staaten einen Kollaps des Finanzsystems. Die dadurch entstandenen Kosten und die schwache Wirtschaftsentwicklung belasten die Staatshaushalte immer noch schwer.

Jetzt stehen die Staaten selbst am Pranger und gegenseitige Vorurteile werden geschürt. Dies erschwert die Bewältigung der Krise zusätzlich, denn es werden wichtige Zusammenhänge verschleiert.



Banken, Versicherungen oder Pensionsfonds aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz gehören zu den Hauptgläubigern Griechenlands.

### Ungleichgewichte im Euroraum

Innerhalb der Eurozone gibt es Staaten, die durchgängig Exportüberschüsse erzielen. Dazu gehört vor allem Deutschland, aber auch Österreich. 71,1 Prozent unserer Ausfuhren gingen 2009 in die EU.

Die Exporte der einen sind jedoch die Importe der anderen. Nur weil einige Länder mehr

Fest steht: Griechische Krankenpfleger/-innen können genauso wenig für die Krise wie spanische Lehrer/-innen oder österreichische Handelsangestellte.

Waren aus dem Ausland kaufen als sie dorthin verkaufen, können die Exportländer ihre positive Bilanz ziehen. Bei den Importländern häuft sich hingegen ein immer größerer Schuldenberg an. Geringe Lohnzuwächse in den Exportländern bei hoher Produktivität verhindern den wirtschaftlichen Aufholprozess in den Importländern.

### Griechenland und die Rolle der Finanzmärkte

Die öffentliche Verschuldung Griechenlands lag seit Jahren über dem europäischen Schnitt. In den letzten Monaten geriet Griechenland schließlich in eine fast ausweglose Situation.

Ratingagenturen: Obwohl die Probleme Griechenlands lange bekannt waren, konnte sich das Land zu geringen Zinsen verschulden. Im Mai 2010 hat die private US-Ratingagentur Standard&Poors griechische Anleihen abrupt auf „Ramschqualität“ abgewertet. Die Zinsen explodierten, es wurde für Griechenland unmöglich, sich zu refinanzieren.

Intransparenz und Spekulation: Die griechische Budgetlage wurde mit Hilfe spezieller Derivate geschönt. Zum Gesamtbild gehört auch, dass nun Spekulanten von einer Verschlimmerung der Schuldenkrise mittels Kreditausfallversicherungen oder Leerverkäufen profitieren. Manche sprechen von einem Angriff auf den Euro und einer konzertierten Aktion bestimmter Hedgefonds.

Gläubiger: Banken beteiligten sich an der Rettung bis jetzt nicht. Sie verdienen an den hohen Anleihezinsen. Das Risiko wird von den EU-Staaten übernommen. Getragen wird die Zinslast von der griechischen Bevölkerung.

„Hier wird von Spekulanten ein Angriffskrieg gegen die Eurozone geführt.“  
Jochen Sanio, Präsident deutschen Bankenaufsicht BAFIN

„Goldman Sachs half Griechenland bei Schuldenkosmetik“, titelte Spiegel online am 6.2.2010

„Wenn jetzt nicht handelt wird, haben wir am Montag eine systemische Krise.“  
7.5.2010: EZB-Präsident Jean Claude Trichet,

### Eskalation abgewendet durch staatliche Kredite und Haftungen

Österreichische Notkredite an Griechenland belaufen sich etwa auf 2,3 Mrd. Euro

Griechenland erhält Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europartnerstaaten in Höhe von etwa 110 Mrd. Euro. Geht alles gut, ist dies für die Kreditgeber ein Geschäft, da sie die Gelder günstiger am Markt besorgen, als sie diese an Griechenland weiter geben.

Österreich würde Garantien in Höhe von 12,5 Mrd. Euro übernehmen.

Damit nicht weitere Staaten in eine ähnliche Situation geraten, wird ein „Schutzschirm“ im Volumen von 750 Mrd. Euro gespannt. Die Mitgliedstaaten garantieren davon 440 Mrd. Euro.

### Sparen ohne Ende?

Auch wenn einige sinnvolle Maßnahmen der Einzelstaaten getroffen werden (z.B. Bekämpfung von Korruption), ist die Inanspruchnahme der Unterstützung an drastische Sparmaßnahmen geknüpft.

Lohnkürzungen, Einschnitte bei Renten und Sozialleistungen, Anhebung der Mehrwertsteuer bedeuten schmerzhafte Einbußen im Lebensstandard bis hin zur Existenzgefährdung für Millionen Arbeitnehmer/-innen in Europa. Gerade in den südeuropäischen Ländern gibt es bereits jetzt hohe Arbeitslosigkeit und ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko.

Auch die Stabilisierung des Finanzmarktes wird nicht über ein Kaputtsparen gelingen.

„Sparen“ scheint generell zum obersten Prinzip der Wirtschaftspolitik zu werden. Alle Euroländer plus Großbritannien sollen ihr Haushaltsdefizit um 400 Mrd. Euro verringern. Ein blinder Sparkurs wird jedoch ein Abwürgen der wirtschaftlichen Erholung, ein Sinken der Steuereinnahmen, steigende Arbeitslosigkeit und letztlich wiederum steigende Verschuldung mit sich bringen.